

Die Stimmung in Washington

Wegens Bemühungen zur Aufrechterhaltung des Friedens.
Newport, 7. Febr. Bryan erklärt Aufzuge für Wahrung der Ruhe und des Friedens. Er erklärt, wenn die Kritik auf würde, müßte eine Volksabstimmung über die Kriegserklärung vorgenommen werden, in dessen haben seine Äußerungen, wie diejenigen der Sozialisten, die ebenfalls antizipieren Opposition gegen den Krieg treiben, bis jetzt wenig Erfolg.
Der frühere Präsident Taft verlangt die sofortige Einführung der allgemeinen militärischen Dienstpflicht.

Newport, 7. Februar. In den Kreisen der Kongreßmitglieder herrscht die Ansicht vor, daß Wilson insofern seiner Haltung im Falle der Beziehungen zu Deutschland habe abtreten müssen, daß aber der Eintritt von Feindseligkeiten nicht wahrscheinlich ist, sofern nicht ein unvorhergesehener Zwischenfall eintreffe. Auch wurden bisher keine militärischen Vorbereitungen getroffen, außer dem bereits gemeldeten Antrag für sich selbst (jedenfalls) 500 Millionen Dollar Anteil für Kriegszwecke zu beschaffen oder den anderen Antrag, zwei Millionen Soldaten zu mobilisieren und ähnliche Vorkehrungen. Der Kongreß als solcher hat bisher keinerlei dringende Schritte unternommen, nicht einmal einzelne Ausschüsse. Gegenwärtige Kriegserklärung ist nicht vorhanden, bis auf viele amerikanische Flotten, die hier zu sehen sind, gerade wie vor dem Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges. Die Deutschamerikaner erhalten sich sehr zurückhaltend.

T. U. Amsterdam, 7. Februar. Nach Washingtoner Meldungen hat der Vorsitzende der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, Stone, eine Resolution über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland im Senat eingebracht. Der Schluß dieser Resolution lautet dahin, der Senat billige den Schritt des Präsidenten, wie er ihn in seiner Rede im Kongreß auseinandergesetzt hat. Die Resolution wird heute zur Debatte gestellt.

T. U. Kopenhagen, 7. Februar. Der Londoner Korrespondent von „Politiken“ telegraphiert: Berichte aus Amerika melden, daß die Haltung der Bevölkerung von ruhiger Festigkeit getragen sei, daß man sich noch abwartend verhalte, und daß unter den Deutschen eine bedeutende Mehrheit beweiße, daß sie vor allem aus Amerikaner seien. Die Bevölkerung im Westen, Norden und Süden, die Republikaner und Demokraten seien einer Meinung. Falls es zum Kriege komme, werde Wilson ein Volk anführen, das einig sei, wie nie zuvor. Inzwischen auch in diesem Augenblicke wünsche Amerika den Krieg nicht. Es ist doch entschlossen, falls es dennoch dazu komme, mit einem Furore zu kämpfen, der auch die Deutschen mit Bewunderung erfüllen werde. Man werde sich nicht mit halber Arbeit begnügen.

T. U. Haag, 7. Februar. Der Korrespondent der „Times“ in Newport meldet von dort, daß man in Finanzkreisen einem Bruch mit Deutschland begünstigt zuzuschauen. Wilsons schnelles Auftreten sei überraschend gekommen. Allgemein hielt man den Krieg für unermesslich. Die befallenen Bankleute erklärten, daß das Land niemals finanziell in einer besseren Lage gewesen sei. Man erwartete eine Konzentrierung der Aufmerksamkeit auf den Fall der Schiffahrt. Die Bankiers seien darüber einig, daß die Regierung in 24 Stunden das nötige Geld zusammenbringen könne, obgleich vorläufig nichts darauf hinweise, daß Reichsobligationen ausgeben werden sollen.

T. U. Amsterdam, 6. Februar. Wie aus Washington gemeldet wird, erklärte der bekannte Friedensfreund Automobilfabrikant Ford, daß er seine Fabrikanlagen im Falle des Krieges der Regierung zur Verfügung stellen würde, ohne eine Entschädigung dafür zu fordern.

Neue Kriegserlieferungen.

E. K. Kopenhagen, 7. Februar. Die Bierverbandsmächte haben nach Ablehnung des deutschen Friedensangebotes wieder umfangreiche Kriegsmaterial-Einkäufe in den Vereinigten Staaten vorgenommen. Die englische Regierung hat allein durch Vermittlung des Bankhauses Morgan 200 000 Tonnen Granat-Stahl bei amerikanischen Werken bestellt, und außerdem mit der Wilson Steel and Ordnance Co. einen Lieferungsvertrag auf 1/2 Million Gewehre, die im Laufe der nächsten Monate abgeliefert werden sollen, abgeschlossen.

Die deutschen Schiffe nicht beschlagnahmt?

WTB. London, 7. Febr. Reuter meldet aus Washington: Es verlautet, daß die Regierung nicht beabsichtigt, die deutschen Handelschiffe, die in amerikanischen Häfen liegen, zu beschlagnahmen, da dies eine Kriegshandlung wäre. Die Dampfer „Kronprinz Wilhelm“, „Prinz Eitel Friedrich“, „Uppan“ und „Kronprinzessin Cecilie“ stehen bereits unter Aufsicht der Regierung. Von amtlicher Seite wird erklärt, daß die Maßregeln der Behörden von Panama zweifellos zeitweiliger Natur und nur in der Absicht getroffen worden seien, um zu verhindern, daß die Beziehungen die Schiffe in die Ostsee zu bringen und dabei den Kanal gefährden.
Hamburg, 7. Februar. Generaldirektor Ballin, über die Beschlagnahme der deutschen Schiffe durch die Vereinigten Staaten befragt, erklärte einem Vertreter des „Hamburger Fremdenblatt“, da es sich bisher nur um den Abbruch der diplomatischen Beziehungen handelte, könne er an einen solchen Gewaltakt nicht glauben.

Die Weibung von der Beschlagnahme deutscher Schiffe in amerikanischen Häfen ist, wie vorstehend, inzwischen entzweit worden. Im Gegensatz dazu liegen jedoch folgende Meldungen:

WTB. London, 6. Februar. Reuter meldet aus Newport, daß die Überführung der Beziehungen der in Newport liegenden deutschen und österreichischen Schiffe nach der Einabänderung auf Ellis-Inseln begonnen hat. Die Besatzung der Kronprinzessin Cecilie wurde auf eigenes Ansuchen an Bord anderer deutscher Schiffe gebracht.
Wenn die Schiffe nicht beschlagnahmt sind, nach welchem Recht dürfte die Regierung der Vereinigten Staaten erlauben, die Schiffsbesatzungen eines Staates von ihren Schiffen zu entfernen, mit dem sie sich noch nicht im Kriegszustand befindet.

Weitere Neumeldungen sprechen von Beschlagnahme in Cuba und Mexiko.

WTB. Washington, 6. Februar. Neutermeldung. Nach einem Telegramm aus Manila wurden in Cuba drei deutsche Dampfer, darunter die Prinzessin Alice, und in Zamboanga ebenfalls drei deutsche Dampfer beschlagnahmt. Die Beschlagnahme wurde von Marineoffizieren auf Ergehen der Zollbehörden vorgenommen.

T. U. Rotterdam, 6. Februar. Reuter meldet aus Newport: Nach einer Depesche aus Manila beschlagnahmten die Behörden 17 deutsche Handelsschiffe, die in der Nacht ankamen.

T. U. Karlsruhe, 6. Februar. Voller Wäutern zufolge wird aus Newport berichtet, daß die amerikanische Regierung den amerikanischen Bürgern, die nach Europa reisen wollen, keine Pässe mehr ausstellt.

Die Maschinen der deutschen Dampfer sind zerstört

WTB. London, 7. Februar. Central News meldet aus London, daß die Regierung die drahtlose Station in Fuderton in New Jersey beschlagnahmt hat. Amerikanische Matrosen besaßen die Station.

Die Maschinen von allen 20 Dampfern, die im Hafen von Newport liegen, sind zerstört worden. Der Schaden beträgt 300 000 Dollar.

Larnowsky soll in Washington bleiben.

E. B. Kopenhagen, 7. Februar. Aus Washington melden die Times, daß der österreichisch-ungarische Vizekonsul Graf Larnowsky auf seinem Posten bleiben werde, wenn seine Regierung nicht das Gegenteil bestimme. Präsident Wilson wünscht, daß der österreichische Vertreter bleibe, da auf diese Weise noch eine Verständigung zum Behen der Kriegsgefangenen und der okkupierten Länder möglich sei.

Die Abreise Graf Bernstorffs.

In den Vereinigten Staaten trifft man, wie die „Frankf. Ztg.“ aus dem Haag erzählt, alle Vorbereitungen, um alle bestehenden Konsuln und Konsularagenten in Gemeinschaft mit dem Grafen Bernstorff abzureisen zu lassen. Es sind über 200 Personen, die vermutlich über Cuba und Spanien reisen werden.

2600 Amerikaner in Deutschland.

T. U. Berlin, 6. Febr. Nach den Feststellungen, die die amerikanische Botschaft in den letzten Stunden vorgenommen hat, beträgt die Zahl der in Deutschland wohnenden amerikanischen Bürger etwa 2600.

Die Haltung Brasiliens.

Wafel, 7. Febr. Die „Agence Haas“ meldet aus Rio de Janeiro: Man verneint aus ermächtigter Quelle, daß die brasilianische Regierung die deutsche Note als eine neue Aufgabe ansehe, die notwendigerweise die Haltung aller Neutralen und insbesondere diejenige Brasiliens ändern muß. Die Regierung ist der Ansicht, daß die deutsche Note eine Lage schafft, welche für Brasilien die nämliche ist wie diejenige der Vereinigten Staaten. Es ist wahrscheinlich, daß die Antwort Brasiliens an Deutschland heute endgültig festgelegt wird. Man hat Grund zu glauben, daß der Protest, der das Meeres-Büro nicht hindern wird, eine volle Billigung der Haltung der Vereinigten Staaten darstellt.

E. B. Berlin, 7. Februar. Haas meldet aus Rio de Janeiro: Der Präsident machte im Ministerial-Komitee Mitteilung von einer Beschlusse der Regierung. Sämtliche Kabinettsmitglieder waren einstimmig für den Wortlaut der Note, der in dem geäußerten aber doch beklagten Töne seine Haltung zum Schutz der brasilianischen Interessen gegen die Bestätigung durch die U-Bootkriegsführung niederlegt. Der Text der Note wird veröffentlicht, nachdem die Kabinetsmitglieder von ihr Kenntnis genommen haben.

Wilson's Politik und der japanisch-amerikanische Gegensatz.

Nichts wäre trübsamer, als wenn man sich bei uns trügerischen Hoffnungen hingeben wollte, daß Japan nach einem etwaigen Eintritt Amerikas in den Krieg den geeigneten Augenblick zu einer gründlichen Umkehrung mit Amerika gekommen sehen würde. Zweifellos wird Japan fortfahren, die Kriegsverhältnisse zu seiner wirtschaftlichen Kräftigung und zur Ausdehnung seiner politischen Macht in Asien auszunutzen, und es mag durchaus in seinem Interesse liegen, daß Amerika den Krieg zu verlängern sucht, um so mehr, als alle Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß es sich bei diesem Verzuge selbst lähmen und dadurch Japan eine spätere Umkehrung erleichtern wird.

Abgesehen davon kann zweifellos damit rechnen, daß ihre japanischen Beschlüssen die Amerikaner in ihren feindseligen Maßnahmen gegen uns stark hemmen werden. Erst einige Tage vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland kamen aus Amerika Nachrichten, wonach einige pazifische Staaten neue japanerfeindliche Einwanderungsgesetze schaffen wollten. Präsident Wilson hätte ihnen aber mit Rücksicht auf die internationale Lage dringend davon abgeraten. Ob jene Staaten sich dadurch von ihrem Vorhaben abbringen ließen, war nicht gelagt, und man möchte es fast bezweifeln, wenn man erwägt, daß man sich in deren gelegentlichen Körperlichkeiten selbst, bevor sie sich mit solchen Einwänden befassen, nicht darüber getäuscht haben kann, daß die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten mit japanerfeindlichen Handlungen einzelner Staaten schwer zu vereinbaren sein würde. Offenbar ist aber die feindselige Stimmung gegen Japan im ganzen Westen der nordamerikanischen Union während des Krieges stark angewachsen. Man sah, wie die gelbe Großmacht infolge des Krieges zusehends erstarrte, wie sie eine unumkehrbare Vorwärtsfahrt in China begründete, wie sie neu den gesamten Schiffsobersee im Stillen Ozean monopolisierte, wie sie ihre Auswanderung nach Mexiko und den wichtigsten südamerikanischen Republiken begünstigte und wie trotz aller die japanische Einwanderung nach den Vereinigten Staaten beschränkenden Abmachungen zwischen den beiderseitigen Regierungen die Zahl der Japaner auch in den pazifischen Staaten der Union unermesslich wuchs. Nach der amerikanischen Auffassung kann man die Bundesregierung keinen Einhalt daran hindern, die Einwanderung von Fremden in sein Gebiet nach Gutdünken zu regeln, lo daß es durchaus möglich erscheint, daß jene Staaten sich um Wilsons Rat nicht kümmern und ihre

japanerfeindlichen Absichten ausführen werden. Das braucht Japan noch nicht dazu aufzureizen, seine Haltung gegenüber Amerika vorläufig zu ändern, aber im Weissen Hause würde man wohl um so mehr Bedenken tragen müssen, sich aufzuheben in den europäischen Krieg zu verwickeln.

Russische Meinungen.

Die russische Presse hat sich wiederholt mit den deutsch-amerikanischen Beziehungen befaßt. In ihrer Mehrheit waren, wie der Berliner „Bund“ berichtet, die russischen Blätter der Meinung, daß es zwischen Deutschland und Amerika zu keinem bewaffneten Konflikt kommen werde. Einige Zeitungen sagten dabei offen, daß für Rußland ein deutsch-amerikanischer Krieg gar nicht wünschenswert wäre. Das Zentralblatt der Moskauer Industriellen, „Utro Rossiji“, begründete dieses in folgender Weise:

Die Militärmacht der Vereinigten Staaten mit der Beteiligung Amerikas in diesem Kriege nicht viel gewinnen: die republikanische Feldarmee sei vorläufig sehr gering und die Vernehmung der Kriegsschiffe der Alliierten durch die amerikanische Flotte werde kaum zu einem Erfolg in der allgemeinen Kriegslage führen. Man könne nur über einen wirtschaftlichen Druck auf Deutschland sprechen. Dieser sei aber auch jetzt — ohne Teilnahme Amerikas am Kriege — durch bessere Wäutere ausführbar. Im Falle eines deutsch-amerikanischen Krieges könnte Amerika allerdings den größten Teil der deutschen Handelsflotte in amerikanischen Häfen beschlagnahmen, sowie zahlreiche reichsdeutsche Unternehmungen in Amerika sequetrieren. Mit der Kriegserklärung Amerikas an Deutschland werde aber die amerikanische Industrie gezwungen sein, für die Bewaffnung des eigenen Landes — Verstärkung der Flotte und Schaffung der Arme — zu arbeiten. Dieses wäre ein großes Minus für die Alliierten. Mit der verstärkten Bewaffnung Amerikas werde auch Japan seine Ausrichtung für die Alliierten, besonders für Rußland, einstellen müssen und für sein eigenes Land Sorge tragen. Das Ministerium zwischen Amerika und Japan sei fortwährend groß.

Zum Schluß sagte das „Utro Rossiji“: „Das Verhalten der deutschen Presse zeigt, daß sie über einen deutsch-amerikanischen Konflikt eigentlich nicht so große Besorgnisse hegt.“

Der Seekrieg.

Vier Fünftel einer englischen Kohlenflotte versenkt.

E. B. Kopenhagen, 7. Februar. Eine Flotte von Kohlendampfern, die englische Kohlen nach Italien bringen sollten, lief unter starkem Beschuss englischer Torpedoböte aus Cardiff aus und sammelte sich vor Gibraltar zu gemeinsamer Durchquerung des Mittelmeeres. Die Flotte erreichte nur mit dem fünften Teile ihrer Gesamttonnage den italienischen Bestimmungsort. Trotz der starken Torpedoflotten waren die übrigen vier Fünftel der Kohlenflotte unterwegs den U-Booten zum Opfer gefallen. — Bravo!

Der englische Hilfskreuzer „Grille“ gesunken.

E. K. Kopenhagen, 6. Februar. Der kleine englische Hilfskreuzer „Grille“, der an der fiondischen Küste Patrouillendienste versah, ist nach Meldungen hier eingetroffen amerikanischer Zeitungen Mitte Dezember bei Salizag gesunken.

„Souatonic“

E. B. Stockholm, 7. Februar. Es bestätigt sich, daß der amerikanische Dampfer „Souatonic“ von einem deutschen U-Boot versenkt worden ist. Die Besatzung wurde in einer Stunde gerettet, sich zu retten. Die Besatzung, die aus etwa 35 Amerikanern best. und wurde vom U-Boot ins Schlepptau genommen und später von einem britischen Patrouillenschiff ans Land gebracht.

Die griechische Blockade aufgehoben!

E. B. Kopenhagen, 7. Februar. Die Blockade Griechenlands ist einer Londoner Meldung der Nationalistisches zufolge aufgehoben. In den griechischen Häfen werden wieder die Wäuteneinladungen geblät.

Lebhafte Angriffstätigkeit der Engländer.

Telegramm unseres Kriegsberichterstatters

(Unberechtigter Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.)

St. Hauptquartier, West, 5. Februar.
Die lebhafteste Patrouillentätigkeit der letzten Tage hat sich geltern, namentlich an dem englischen Fronteile, noch vermehrt. Es sieht so aus, als wollten die Engländer den Teil des neuen Kriegsplanes der Entente, der darin besteht soll, daß uns der Feind an möglichst vielen Stellen der Westfront beschlagnahmt, ihrerseits schon zur Ausführung bringen. Gleichzeitigkeit hat hierauf gefolgt, daß die Engländer ebenfalls dem händigernden Dingen ihrer transpazifischen Verbündeten gefolgt sind und einen breiteren Abschnitt als bisher übernommen haben; denn zum ersten Male werden südlich der Sonne zwischen Wales und Barlen Engländer festgestellt, die dort aber noch mit Franzosen angeschlossen sind.
Im Artois war der Gefechtskampf ziemlich heftig bei Lens und Arras. Deftlich gefolgt, bei Arras, Barlen, Neuveville und Arras wurden die zwei englischen Patrouillen vorübergehend bis in unseren Graben, wurde aber sofort, unter Hinterlassung von einem Offizier und 11 Mann Geblangenen, hinausgeworfen. An der Sommefront tobte die Artilleriegefecht heftig weiter zwischen Moudy und der Somme während es südlich des Flusses ruhiger war. Die Engländer gingen hier an mehreren Stellen zu starken Angriffen über. Bei Souvignies, wo sich ihre Gräben mit Sturmtruppen gefüllt hatten, wurden diese durch unser Fernschützengewehr an der Ausbreitung des Angriffes gehindert. Deftlich der Straße Beaucourt-Pulligny lösterte ein Angriff. Auf der Westfront des Abzweigung Beaucourt-Ag wurden zwei schwere, jedesmal durch Trommelweiser verdeckte Nachtangriffe zurückgeschlagen. In einem dritten Bezug der Front mit kleinen Abteilungen in unsere Gräben, wurde aber noch